

Innenpolitik

Polizei

Befürworten Sie die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle, die Vorwürfen unverhältnismäßigen polizeilichen Handelns und Problemen innerhalb der Polizei nachgeht („Polizeibeauftragter“)?

Ja, eine entsprechende parlamentarische Initiative haben wir bereits in dieser Legislaturperiode eingebracht und werden dies auch künftig tun, bis diese Stelle eingerichtet ist.

Entsprechend heißt es auch in unserem Wahlprogramm: "Für Beschwerden über Polizei-Übergriffe richtet die dafür zuständige Staatsanwaltschaft eine unabhängige Beschwerdestelle ein. Ihr wird für diese Aufgabe eine Task-Force von polizeilichen Ermittlungsbeamten zur Seite gestellt. Diese sollen dienstrechtlich der Staatsanwaltschaft zugeordnet sein und nicht aus dem Polizeidienst dieses Bundeslandes rekrutiert werden dürfen. Sie können stattdessen etwa aus der Bundespolizei oder der Polizei eines Nachbarlandes eingestellt werden. Die Beschwerdestelle ist auch zuständig, wenn sich Polizeibeamte im Dienst gemobbt oder diskriminiert fühlen."

Befürworten Sie die Abschaffung verdachtsunabhängiger Kontrollen an sogenannten „kriminalitätsbelasteten Orten“?

Ja, Bürger*innen dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt werden.

Was wollen Sie gegen das „Racial Profiling“ unternehmen?

Es muss klare Dienstanweisungen bei der Polizei geben, die dieses Vorgehen untersagt, Zuwiderhandeln muss disziplinarisch verfolgt werden.

In welchem Rahmen halten sie den Einsatz von Predictive Policing für sinnvoll?

Ermittlungsverfahren, deren Wirksamkeit fraglich bzw. nicht belegt werden können lehnen wir insbesondere dann ab, wenn sie schwerwiegende Grundrechtseingriffe als „Kollateralschäden“ nach sich ziehen können.

Was spricht aus ihrer Sicht für den Einsatz von Bodycams bei Polizisten und in welchen Situationen wollen Sie sie einsetzen?

Grundsätzlich lehnen wir den Einsatz von Bodycams ab, zumal es dafür in Berlin keine Rechtsgrundlage gibt. Für den Einsatz spricht aus Datenschutzgründen wenig, da die Missbrauchsgefahr und die der Verletzung der informationellen Selbstbestimmung zu hoch ist. Nur im Ausnahmefall einer immanenten Straftatbegehung, ist diese Überwachungsmaßnahme ggf. denkbar, wenn Evaluationen deren Nutzen für die Gefahrenabwehr eindeutig erwiesen haben.

Videoüberwachung

Unter welchen Umständen halten Sie eine Videoüberwachung in öffentlich zugänglichen Räumen für erforderlich? Wie soll der Zugriff auf die dabei entstehenden Daten geregelt werden?

Gar nicht. Videoüberwachung erzeugt nachweislich nicht weniger Kriminalität. Das vermeintliche Sicherheitsgefühl weniger überlagert das Unsicherheitsgefühl einer Mehrheit, die sich von stetiger Überwachung bedroht fühlt. Es liegt keine wissenschaftliche Studie vor, die die Effizienz von Videokameras belegt. Der Senat weigert sich, auf unsere Nachfrage, weiterhin eine solche Evaluation durchzuführen, weil er das Ergebnis fürchtet.

Befürworten Sie eine unabhängige und umfassende wissenschaftliche Evaluation der Kriminalitätspräventionswirkung der Videoüberwachung in öffentlich zugänglichen Räumen?

Ja, entsprechende Initiativen haben wir immer wieder und werden wir immer wieder einbringen, bis diese Evaluation erfolgt ist. Die PIRATEN Berlin sprechen sich grundsätzlich dafür aus, in politischen Entscheidungen den wissenschaftlichen Erkenntnissen zu folgen und dort wissenschaftliche Erkenntnisse zu erarbeiten, wo es noch an Studien fehlt oder widersprüchliche oder uneindeutige Ergebnisse vorliegen.

Wo und warum halten Sie den Ausbau der Videoüberwachung für erforderlich?

Wir halten den Ausbau der Videoüberwachung nicht für erforderlich. Es liegen keine Erkenntnisse vor, dass Videoüberwachung Kriminalität verhindert.

Demonstrationsrecht

Seit der Föderalismusreform könnte auch Berlin ein Landesversammlungsrecht beschließen. Halten Sie das für nötig? Und, wenn ja, was sollte in dem Gesetz stehen?

Ein Landesversammlungsgesetz kann die Demonstrationsfreiheit verbessern. So sind Inhalte wie die Kennzeichnungspflicht auch von Einsatzkräften aus anderen Bundesländern, die Vermummung von Demonstrant*innen und der Einsatz von Konfliktmanager*innen zu diskutieren

Verfassungsschutz

Wie wollen sie den Verfassungsschutz und den Polizeilichen Staatsschutz in der nächsten Legislaturperiode und langfristig weiterentwickeln?

Eine überwachte Gesellschaft ist nicht frei. Ein Geheimdienst, der politische Aktivitäten von Berliner*innen überwacht und geheime Akten über sie anlegt, widerspricht unserer Vorstellung von einer freien, offenen Gesellschaft. Wir Piraten fordern daher die Auflösung des Verfassungsschutzes. Eine unabhängige Kommission soll die bisherige Tätigkeit des Verfassungsschutzes aufarbeiten. Alle sollen die über sie gesammelten Daten einsehen können.

Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe / Demokratische Teilhabe

Wollen Sie die Einflussmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern auf bezirklicher und Landesebene verbessern?

Ja.

Wenn ja, nennen sie bitte Ihre drei wichtigsten Maßnahmen.

- Mehrstufige Partizipationsverfahren zum Ausbau der Bürgerbeteiligung
- Senkung der Quoren für Bürgeranfragen in den Bezirksvertretungen
- Open Antrag: Jede/r kann seinen Vorschlag für einen Antrag in die Fraktion einbringen, die diesen dann prüft, abstimmt und ggf. einbringt
- Senkung der Quoren für Bürgerentscheide und Volksentscheide, gleiche finanzielle Bedingungen für Pro- und Kontra-Lager

Sollen Bürgerentscheide auf bezirklicher Ebene verbindlich sein?

Grundsätzlich befürworten wird dies, allerdings ist dies schwierig: Haushaltswirksame Bürgerentscheide können den Rahmen des Bezirkshaushalts sprengen, der ja NICHT vom Bezirksamt beschlossen wird. Eine grundsätzliche Möglichkeit wäre ein Bürgerentscheid, der Entscheidungen auf Bezirksebene direkt an das Abgeordnetenhaus richtet und dann dem Abgeordnetenhaus zur Beschlussfassung über die entsprechende Zuweisung vorgelegt wird.

Wie wollen Sie Jugendliche und andere Bürgerinnen und Bürger bei der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte unterstützen?

Da diese Frage sehr unspezifisch ist und man eine Hausarbeit dazu schreiben könnte nur soviel: Wir wollen Bürgerinnen und Bürgern alle Möglichkeiten aufzeigen, die uns unser demokratisches System an Beteiligungsmöglichkeiten bietet und wir wollen diese verbessern und ergänzen. Ein altersunabhängiges Wahlrecht muss für alle geschaffen werden, die fähig und gewillt sind, sich eigenständig ins Wählerverzeichnis einzutragen.

Befürworten Sie eine Änderung der Quoren auf Bezirks- und Länderebene?

Ja, wir sprechen uns für eine Absenkung der Quoren aus.

Welche Reformen des Landeswahlrechts streben Sie an (z. B. Wahlalter 16, 3-Prozent-Hürde, Ausländerwahlrecht, Kumulieren, Panaschieren)?

Alle beispielhaft genannten. Das Wahlalter wollen wir altersunabhängig für alle Menschen ermöglichen, die ihren Lebensmittelpunkt am Wahlort haben und die sich eigenständig in das Wählerverzeichnis eintragen können. Die PIRATEN Berlin fordern, dass die Bürger_innen mehr Einfluss auf die personelle Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses (AGH) und der Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) erhalten müssen. Dies soll erreicht werden, indem die Wahlberechtigten mehrere Stimmen auf einen Kandidierenden vergeben (Kumulieren) oder Kandidierende verschiedener Parteien gleichzeitig wählen können (Panaschieren). Dieses Wahlverfahren lehnt sich an das Hamburger Modell an.

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass alle zur Wahl gehen können und die Wahlinformationen verstehen?

Barrierefreie Wahllokale und Informationen in einfacher Sprache bzw. in Brailleschrift und Audioform müssen gewährleistet werden.

Informationsfreiheitsgesetz

Was wollen Sie beim Berliner Informationsfreiheitsgesetz (IFG), das inzwischen siebzehn Jahren in Kraft ist, ändern?

Die PIRATEN Berlin streben es an, dass das Handeln und Wirken der gewählten Volksvertreter_innen nachvollziehbarer wird.

Das Informationsfreiheitsgesetz als Grundlage für Transparenz in Politik und Verwaltung ist ein erster Schritt gewesen, geht uns aber nicht weit genug. Wir wollen, dass alle nicht personenbezogenen Daten und Werke der Öffentlichkeit kostenfrei und unabhängig von einer Anfrage zur Verfügung gestellt werden. Es besteht keine Holschuld der Bürger_innen, sondern eine Bringschuld der Verwaltung. In diesem Sinne ist Informationsfreiheit weiterzuentwickeln.

Wir werden ein Online-Portal ins Leben rufen, das Berliner Politik und Verwaltung auf allen Ebenen transparent werden lässt. Dies haben wir bereits mit der Einführung von BER-Watch beispielhaft umgesetzt. Jede Entscheidung ist in dem Bewusstsein zu treffen, dass diese später von allen nachvollzogen werden kann. Nur unter dieser Voraussetzung ist demokratische Kontrolle möglich. Politik ohne Gedächtnis ist eine Einladung zu Misswirtschaft und Korruption. Alle zukünftigen Ausschreibungen, Vertragsverhandlungen und Vertragsabschlüsse des Landes Berlin sind so transparent wie möglich zu gestalten. Jeder Schritt, der zu einer Entscheidung geführt hat, ist nachvollziehbar darzustellen.

Der Zugang zu öffentlichen Daten, Sitzungsprotokollen, Berichten, Publikationen und Verhandlungsprotokollen sind Grundvoraussetzung für die Beteiligung durch die Menschen dieser Stadt.

Alle Abgeordneten haben ihre sämtlichen Kontakte zu Unternehmen, Vereinen und Verbänden offenzulegen. Mögliche Verflechtungen und daraus resultierende Interessenskonflikte sollen dadurch sichtbar gemacht werden.

Bürgerschaftliches Engagement

Wie wollen Sie Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Institutionen besser an der Planung und Umsetzung von Maßnahmen beteiligen?

Die Piratenpartei setzt sich für mehr Bürgerentscheide ein. Vor allem bei Investitionen, welche mit einem erheblichen finanziellen Risiko belastet sind oder einen maßgeblichen Einfluss in der Stadtentwicklung haben, müssen echte Bürgerentscheide die bisherige, lediglich Meinungen abfragende, Bürgerbeteiligung ersetzen. Die Investition darf erst nach Legitimation durch die betroffenen Bürger_innen in Planung gehen.

Das Modell "Open Antrag", nachdem bereits auf bezirksebene Anträge an die Bezirksverordneten der Piraten gestellt werden können, die diese dann in die Bezirksverordnetenversammlung einbringen, soll ausgeweitet werden und in allen Bezirken verfügbar gemacht werden. Auch auf Landesebene werden wir ein entsprechendes Portal einrichten.

Erkennen Sie den Wert und Eigensinn des zivilgesellschaftlichen, freiwilligen Engagements in Berlin an? Wie könnte die Anerkennungskultur für freiwillig engagierte Bürgerinnen und Bürger in Berlin verbessert werden?

Ja, im Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement im Abgeordnetenhaus haben wir uns regelmäßig für die Belange der ehrenamtlich Tätigen eingesetzt. So haben wir u.a. einen Antrag, der eine Ehrenamtskarte in Berlin einführen soll, die zu bestimmten Vergünstigungen und die freie Fahrt mit der BVG berechtigt, eingebracht. Weiteres siehe nächste Frage.

Nennen Sie drei Maßnahmen, mit denen Sie Infrastruktureinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements (z. B. Freiwilligenagenturen, Nachbarschaftshäuser oder das Landesnetzwerk Bürgerengagement „aktiv in Berlin“) stärken wollen.

Dir PIRATEN Berlin fordern folgende Maßnahmen, um den Stellenwert aller freiwilligen Tätigkeiten zu erhöhen:

- Der Zugang zu Informationen von Verwaltungen und Verbänden soll erleichtert und ermöglicht werden. Dabei sollen insbesondere die elektronischen Medien stärker genutzt werden. Die Möglichkeiten der Bürger_innen zur direkten Information und direkten Beteiligung, insbesondere im Netz, sind auszubauen.
- Wir fordern die Nutzungsmöglichkeit eines Sekretariatservice und von Räumlichkeiten für bürgerschaftliche Arbeiten.
- Ausbau, Stabilisierung und finanzielle Förderung von speziellen Infrastruktureinrichtungen, wie Freiwilligenagenturen, kommunalen Bürgerbüros ("Ehrenamtsbüro") in allen Bezirksämtern, Beratungs- und Selbsthilfekontaktstellen.
- Versicherungsschutz (Unfall- und Haftpflichtversicherung).
- Auslagererstattung, insbesondere für Fahrtkosten.
- Fortbildungsangebote und Einführung sowie Begleitung.
- Die Ehrenamtskarte soll in ihren Leistungen aufgewertet werden.
- Freiwillige sind in die Lage zu versetzen, Familienleben, Erwerbsleben und bürgerschaftliches Engagement besser miteinander vereinbaren zu können.
- Ehrenamtstag an den Schulen.

Bildungschancen

Was wollen Sie tun, um die Bildungschancen von sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern und Kindern mit Sprachdefiziten zu verbessern?
Bitte nennen Sie Ihre drei wichtigsten Punkte.

Die PIRATEN fordern eine frühe Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in die Regelklassen, da das den Spracherwerb der Zweitsprache deutlich fördert. Eine separierte Beschulung in den Unterkünften lehnen wir daher ab. Die Schüler*innen sollen innerhalb der Regelklasse binnendifferenziert unterrichtet werden und lediglich temporär in Lerngruppen zum Erlernen der Zweitsprache zusammengefasst werden. Zusätzlich erhalten sie Angebote zum Vertiefen ihrer Muttersprache. Auch Geflüchtete, deren Status noch nicht geklärt ist, sollen die Möglichkeit haben zur Schule zu gehen.

Unsere Ansätze zur Sprachförderung:

- Es ist jedem, unabhängig von seinem Alter und seiner Nationalität bzw. Staatszugehörigkeit

zu ermöglichen, an kommunalen und staatlichen Bildungseinrichtungen auf qualitativ hohem Niveau die deutsche Sprache als Alltagssprache zu erlernen.

- Die mehrsprachige Kompetenz der Lernenden muss durch einen Sprachenpass individuell dokumentiert werden. Dies gilt auch für Sprachen, die nicht zum Fächerkanon der jeweiligen Schule gehören. Hierfür werden externe Experten bzw. qualifizierte Muttersprachler hinzugezogen.
- Die vorhandenen pädagogischen Erkenntnisse aus multilinguaem Unterricht, z.B. an Europaschulen, sollen für alle Schulen verfügbar gemacht werden und in die Lehrerbildung einfließen.

Ergänzend:

- Darüber hinaus werden wir das Angebot von bi- und multilinguaem Unterricht in natur- und geisteswissenschaftlichen Fächern erweitern und entsprechende Vorhaben der Bildungseinrichtungen konsequent fördern.
- Für den Informationsaustausch und zur Herstellung spezieller Lehrmittel soll verstärkt auf digitale Ressourcen zurückgegriffen werden.

Integration

Wie wollen Sie allen Asylsuchenden, aber natürlich auch allen langjährig Geduldeten, eine Integrationsperspektive bieten und deren gesellschaftliche Teilhabe verbessern?
Bitte nennen Sie Ihre drei wichtigsten Punkte.

Integration erfolgt am wirksamsten durch den schnellstmöglichen Erwerb von Sprachkenntnissen. Weiter soll der Zugang zum Studium an unseren Hochschulen vereinfacht werden. Die Integration wird durch das gemeinsame Wohnen im Alltag mit Studierenden gefördert.

* Wir PIRATEN Berlin werden die Entwicklung eines Programms initiieren, welches Geflüchteten die schnellere Immatrikulation an Universitäten zur Aufnahme eines regulären Studiums ermöglicht, als dies bisher der Fall ist.
Sprachkurse in Deutsch oder Englisch können dann im Bedarfsfall parallel zum Studium besucht werden.

* Darüber hinaus werden Berechtigte bei der Suche nach einem Platz in einem Studierendenwohnheim unterstützt.

* PIRATEN streben an Wohnstätten zu schaffen und ausweisen, die sozialverträglich angeboten werden und für eine aktive Durchmischung der Bewohnerschaft sorgen. Ziel ist es, die gesellschaftliche Zusammensetzung der Stadt in diesen Wohnstätten abzubilden. Dies befördert den Austausch der Menschen mit verschiedensten Hintergründen und entspannt gleichzeitig den Mangel an bezahlbarem Wohnraum.

AGG

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist im Spätsommer zehn Jahre in Kraft. Wo sehen Sie Reformbedarf? Was wollen Sie auf Landesebene ändern?

Die Piraten teilen hier die Ansichten der Gewerkschaften und halten wir ein Verbandsklagerecht für zwingend notwendig, denn ArbeitnehmerInnen sind selten bereit, aus einem Beschäftigungsverhältnis heraus zu klagen. Dringend erforderlich ist es, die Beratung der Antidiskriminierungsstelle zu verbessern und deren regionale Strukturen auszuweiten.

Der Schutz gegen sexuelle Belästigung ist im AGG deutlich auszuweiten und Strafen für sexuelle Belästigung sind zu verschärfen. Dies betrifft auch sexuelle Belästigung im Dienstleistungsverkehr und öffentlichen Raum.

Beschaffungswesen

Sollen beim Beschaffungswesen von Ämtern, Verwaltungen und anderen öffentlichen Arbeitgebern auch bürger- und menschenrechtliche Aspekte (wie die ILO-Normen) beachtet werden? Wenn ja: welche und wie sollen sie in Berlin auf Landes- und bezirklicher Ebene umgesetzt werden?

Ja, die Senatsverwaltung für Wirtschaft hatte die Umsetzung der ILO-Normen bereits für diese Legislatur angekündigt. Wir wollen dass diese Normen beachtet und schnell umgesetzt werden. Dazu bedarf es der engen Zusammenarbeit mit den Bezirken.

Gesundheit

Wie wollen Sie die Beachtung der Menschenrechte in stationären und teilstationären Einrichtungen (wie Krankenhäuser, Psychiatrie, Altenheime) sicherstellen?

Die Piraten sprechen sich klar gegen die Zwangspsychiatrie aus. Es müssen für alle genannten Bereiche Ombudsleute da sein (Schulung, angemessene Entschädigung), die anlass- und ankündigungslos Zugangsrecht haben und Kontrolle ausüben können. Die Genannten sollten im jeweiligen Bereich Vorerfahrung haben.

Einweisung bei Selbst- und Fremdgefährdung, ebenso §§ 20, 21 und 63, 64 StGB bleibt davon unberührt.

Strafvollzug

Welche Maßnahmen zur Vermeidung von Gefängnisaufenthalten sollten aus Ihrer Sicht ergriffen werden?

Bildung, Existenzsicherung und Perspektive schützt die Menschen vor Kriminalität, nicht Repression sondern Prävention sollten Maßnahmen zur Vermeidung von Gefängnisaufenthalten sein .

Die Ursache der Kriminalität bekämpfen ist nachhaltiger als Menschen einzusperren die illegalisierte Rauschmittel konsumieren, aus Geldmangel Ladendiebstähle begehen oder sich keine Fahrscheine erwerben können.

Abschaffung des § 265a StGB; ca 1/3 aller Ersatzfreiheitsstrafen beruhen auf Urteilen zum sogenannten 'Schwarzfahren' und sind absolut unproduktiv, aber kostenträchtig. Ob und wie weit sonstige Urteile zur Bewährung ausgesetzt werden können, ist eine richterliche Entscheidung, in die die Legislative nicht eingreifen sollte.

Bei den vorzeitigen Entlassungen liegt Berlin bundesweit ganz hinten. Wie kann Berlin hier seine Position verbessern?

mehr offene Vollzugsformen wagen, Resozialisierung hinter Gittern ist eine Illusion die Menschen können nur dann eine Perspektive auf ein Leben ohne Kriminalität erlangen wenn dieses Leben auch eingeübt werden kann, das funktioniert nicht in einer isolierten Parallelwelt wie sie die Gefängnisse nun mal sind.

Das muss schon bei den Entlassungsvorbereitungen beginnen: es muss ausreichend Personal (Wachdienst, Sozialdienst) vorhanden sein, um mit den Strafgefangenen Ausgänge und weitere Planungen zur (vorzeitigen) Entlassung zu ermöglichen. Nur dann ist eine Bewährung sinnvoll möglich.

Welche Änderungen bei den Haftbedingungen und bei der Resozialisierung halten sie für wünschenswert?

Die Gefängnisse müssen sich weiter öffnen, mehr offene Vollzugsformen bis hin zum Verzicht auf Strafvollzug durch engmaschige Angebote der Sozialarbeit, insbesondere der Jugendsozialarbeit, mehr Dolmetscher in Haftanstalten, Bildung und Therapie statt Wegsperrungen, humane Lebensbedingungen durch eine Einübung demokratischer Entscheidungen durch die Inhaftierten, Gefangenenräte, Internetzugang, Förderung der sozialen Kontakte nach "draußen", Förderung der ehrenamtlichen Vollzughilfe, Freizeitangebote, Theater, Musik Sport denn auch Fitness und Körpergefühl sind mehr als Hantelbank und Kicken auf dem Gefängnishof
Bildung im lebenspraktischen Bereich, Kochen und Handwerken, Naturerlebnisse, Umgang mit Behörden, Coaching für das Überleben im Alltag
siehe vor; zudem müssen die Haftbedingungen menschenwürdig gestaltet werden (die Anstalten sind z.T ein Jahrhundert alt, Räume in desolatem Zustand), Doppelbelegungen nur dann, wenn Gefahr im Verzuge ist (Suizidgefahr)

Sicherungsverwahrung

Wie sollen die Sicherungsverwahrten auf die Freiheit vorbereitet werden?

noch engmaschiger Therapie und Coaching anbieten, Schuldnerberatung, Wohnungssuche, Bewerbungstraining im Netz und begleitet vor Ort, Kontakte zu Behörden schon während der Verwahrzeit, Perspektive geben, Bildung

siehe auch vorherige Frage: Hier muss dann (wenn ein Ende der Sicherungsverwahrung absehbar ist, die Vorbereitung 1 bis 2 Jahre vorher beginnen, um den 'Realitätsschock' abzufedern. Auch dies ist eine Frage von ausreichendem Personal und der ordentlichen Vollzugsplanung.